

Berliner Zustände 2010 – Ein Schattenbericht über Rechts- extremismus, Rassismus und Antifeminismus

Herausgeber: apabiz und MBR

72 Seiten

Schutzgebühr: 3,- EUR

Erhältlich als pdf auf den Webseiten der beteiligten Projekte (z. B. www.apabiz.de,
www.mbr-berlin.de) sowie als Druckfassung.

Kurzdarstellung

Zum fünften Mal, und dies ist ein kleines Jubiläum, analysieren Berliner Projekte, Initiativen und WissenschaftlerInnen die „Berliner Zustände“ und geben damit einen Einblick in ihre tägliche Arbeit. Mit dem Schattenbericht möchten wir eine **Alternative zu staatlichen und medialen Sichtweisen** bieten und die aus unserer Sicht wesentlichen Entwicklungen und Tendenzen in Berlin in den Blick nehmen.

Das erscheint uns um so wichtiger angesichts einer „**Extremismus-Debatte**“, die hart erkämpfte Standards in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gefährdet und Demokratie fördernden Projekten einen Maulkorb anlegen will. Wie sich diese Debatte auf die konkrete Demokratiearbeit von Trägern und Initiativen auswirkt, beschreibt der Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats, Günter Piening, in seinem Vorwort.

„Extremismusklausel“, Sarrazin, NPD-DVU-Fusion, „Abendland in Christenhand“, „Berlins geheime Nazi-Nester“, Pro Deutschland, Nazi-Angriffe auf linke Einrichtungen in Kreuzberg und Neukölln, antimuslimischer Rassismus, „Marsch für das Leben“ – diese Schlagwörter haben die öffentlichen Diskurse und die Arbeit der Initiativen und Projekte im vergangenen Jahr geprägt. Ihnen widmen sich die **insgesamt neun Artikel**, von denen wir beispielhaft zwei vorstellen wollen.

Insbesondere in Kreuzberg und Nord-Neukölln kam es 2010, wie auch in der ersten Jahreshälfte 2011, immer wieder zu **Angriffen durch parteiungebundene rechtsextreme Aktivist/innen auf alternative Einrichtungen oder Läden**. Der Beitrag der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin nimmt diesen nächtlichen Aktionismus in den Blick, der eine beunruhigende Tendenz der Professionalisierung im Verleumden und Ausspionieren (vermeintlicher) politischer GegnerInnen erkennen lässt.

Mit unserem Themenschwerpunkt „**Antifeminismus**“ wollen wir aufzeigen, welche Rolle antifeministische und sexistische Argumentationen in verschiedenen Politikfeldern spielen: im antimuslimischen Rassismus, wo die Forderung nach Frauenrechten rassistisch instrumentalisiert wird, im organisierten Rechtsextremismus oder auch im christlichen Fundamentalismus.

Dass christlicher Glaube bei weitem nicht gleichzusetzen ist mit Gleichberechtigung und emanzipatorischem Fortschritt zeigt der Beitrag des apabiz e.V. Anhand des jährlich stattfindenden „Marsches für das Leben“ von sogenannten **Lebensschützer/innen** in Berlin werden antifeministische und christlich-fundamentalistische Bestrebungen aufgezeigt, die bis in die Mitte der Gesellschaft hineinwirken.

Für die „Berliner Zustände 2009“ haben die Herausgeber/innen den **Alternativen Medienpreis 2010** verliehen bekommen. Dieser Preis und das positive Feedback der letzten Jahre machen deutlich, wie wichtig eine kontinuierliche Analyse der „Zustände“ für eine qualitative Weiterentwicklung der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus ist.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort von Günter Piening (Beauftragter für Integration und Migration des Berliner Senats)	8
Einleitung von Annika Eckel (MBR), Eike Sanders und Ulli Jentsch (apabiz)	10
Nord-Neukölln und Kreuzberg – Kieze im Visier der rechtsextremen Szene von Bianca Klose und Sebastian Wehrhahn (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin)	12
Stagnierende NPD und aktionistische Szene von Maik Baumgärtner (Berlin rechtsaußen) und Ulli Jentsch (apabiz)	16
West-Berlin holt auf von ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	20
Die Sarrazin-Debatte. Ein Reaktionsverlauf unter Einbezug exemplarischer Aussagen Thilo Sarrazins zu Muslimen in Deutschland von Coskun Canan und Benjamin Schwarze (Heimat)	24
Kulturkampf in der Hauptstadt. Rechtspopulistische Parteigründungen in Berlin von Maik Baumgärtner (Berlin rechtsaußen)	28
Schwerpunkt Antifeminismus	
(Anti-)Sexismus und Instrumentalisierung feministischer Diskurse im antimuslimischen Rassismus von Yasemin Shooman	32
„Deutschland treibt sich ab“ - Christlicher Antifeminismus und „Lebensschutz“-Organisationen in Berlin von Ulli Jentsch und Eike Sanders (apabiz)	38
Der Kampf um Männlichkeit von Yves Müller und Ulrich Overdieck (VDK e.V.)	46
Den Versprechungen widerstehen. Geschlechter-reflektierende Arbeit mit Jungen und Rechts-extremismusprävention von Olaf Stuve, Bernard Könnecke, Klaus Schwerma (Dissens e.V., Projekt „Jungenarbeit und Schule“)	50

Vorwort von Günter Piening

(Beauftragter für Integration und Migration des Berliner Senats)

Seite 8-9

In seinem Vorwort beschreibt der Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats, Günter Piening, wie sich die aktuelle Debatte um „Extremismus“ und die sogenannte „Extremismus-Klausel“ auf die konkrete Demokratietarbeit von Trägern und Initiativen auswirkt.

Der Autor kommt u.a. zu folgenden Einschätzungen:

Zitat:

„Allseits wird bestätigt, dass die bisher geleisteten Anstrengungen die demokratische Berliner Zivilgesellschaft im notwendigen Umfang unterstützt und eine zielgruppengerechte Beratungs- und Projektlandschaft entstehen lassen haben. Die geförderten Projekte recherchieren, klären auf, bilden und beraten in guter demokratischer Tradition. Durch ihre Bildungs- und Präventionsarbeit leisten Initiativen und Vereine einen bedeutsamen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und zur Achtung der Menschenrechte. Das kontinuierliche zivilgesellschaftliche Engagement hat in Berlin zu einer gesellschaftlichen Ächtung des Rechtsextremismus und seiner Infrastruktur beigetragen. Diese grundsätzlich positive Bewertung der Arbeit der Berliner Projektträger gegen Rechtsextremismus und gegen andere demokratiefeindliche Einstellungen und Haltungen ist vielfach beschrieben und bestätigt worden.“ (Seite 8)

Zitat:

„Neben den genannten grundsätzlichen Bedenken ist es aus meiner Sicht auch objektiv unmöglich, eine solche Erklärung abzugeben; kein Träger kann letztlich ein rechtlich verwertbares Urteil dazu abgeben, ob und wie weit außenstehende Dritte (Partner/innen und kooperierende Organisationen) verfassungstreuer Gesinnung sind; Mutmaßungen können jedoch nicht Rechtsgrundlage des Verwaltungshandelns sein. Darüber hinaus bleibt unklar, wie eine Kontrolle und Überprüfung der Partner/innen in der Praxis gelingen kann und welches konkrete Verhalten die Zuwendungsempfänger/innen dabei vorweisen muss.“ (Seite 9)

Nord-Neukölln und Kreuzberg – Kieze im Visier der rechtsextremen Szene

von Bianca Klose und Sebastian Wehrhahn (Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus Berlin)

Seite 12-15

Insbesondere in Kreuzberg und Nord-Neukölln kam es 2010, wie auch in der ersten Jahreshälfte 2011, immer wieder zu Angriffen durch parteiungebundene rechtsextreme Aktivist/innen auf alternative Einrichtungen oder Läden. Der Beitrag der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin nimmt diesen nächtlichen Aktionismus in den Blick, der eine beunruhigende Tendenz der Professionalisierung im Verleumden und Ausspionieren (vermeintlicher) politischer GegnerInnen erkennen lässt.

Zitat:

„Da weder NPD noch Freie Kräfte zu kontinuierlicher und langfristiger Politik in der Lage sind, soll durch nächtliche Aktionen Handlungsfähigkeit bewiesen werden. Für solche Aktionen bedarf es nur einer verhältnismäßig geringen Koordination und kaum personeller Kontinuität. Die Aktionen sind zudem kaum vorhersehbar und somit, anders als etwa Aufmärsche, für die örtliche Zivilgesellschaft nicht zu verhindern. Zudem ist die öffentliche Aufmerksamkeit ungleich höher. Auch wenn dem nächtlichen Aktionismus eine politische Schwäche zugrunde liegt, lässt sich eine beunruhigende Tendenz der Professionalisierung im Verleumden und Ausspionieren (vermeintlicher) politischer Gegner/innen ausmachen.“ (Seite 14)

Zitat:

„Rechtsextreme und rassistische Angriffe sind Teil eines politischen Kampfes; der Umgang damit ist ein Gradmesser für die lokale demokratische Kultur. Um den öffentlichen Raum demokratisch zu besetzen und nicht den Rechtsextremist/innen zu überlassen, müssen Konzepte entwickelt werden, welche die gesamte Bevölkerung in den betroffenen Kiezen ansprechen. Solche Konzepte sollten Sicherheitsaspekte ebenso enthalten wie symbolische Positionierungen so z.B. öffentliche Zeichen gegen Rechtsextremismus und für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen. (Seite 15)

Die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)** unterstützt und vernetzt alle Berliner/innen, die in ihrem Wohn-, Arbeits- oder sozialen Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind. Die MBR berät Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Politik und Verwaltung, (Sport-)Vereine, Gewerbetreibende und Verbände. Ziel der MBR-Arbeit ist die Etablierung einer gelebten demokratischen Kultur sowie eines angstfreien und menschenrechtsorientierten Miteinanders in Berlin.

Stagnierende NPD und aktionistische Szene. Ein summarischer Überblick über Aktionen im Jahr 2010 von Maik Baumgärtner (Berlin rechtsaußen) und Ulli Jentsch (apabiz) Seite 16-19

Die Entwicklungen im Berliner Rechtsextremismus im vergangenen Jahr waren geprägt von einer stagnierenden NPD, die trotz der Fusion mit der DVU, dem versuchten Groß-Aufmarsch am 1. Mai und zwei Saal-Veranstaltungen über die eigene Anhängerschaft hinaus kaum wirksam werden konnte. In einem summarischen Überblick beschreiben Ulli Jentsch und Maik Baumgärtner diese hauptsächlich nach innen gerichteten Events rechtsextremer und völkischer Organisationen in Berlin.

Dieser Text basiert auf Dokumentationen, die das Team des apabiz von extrem rechten öffentlichen Veranstaltungen erstellt hat sowie auf Texten, die auf dem Watchblog „Berlin rechtsaußen“ im vergangenen Jahr erschienen sind.

Zitat:

„Trotz eines Machtwechsels im Februar 2010 innerhalb des NPD-Landesverbands – der zuvor amtierende Landesvorsitzende Jörg Hähnel wurde von Uwe Meenen abgelöst – konnte die neonazistische Partei keine nennenswerten Aktivitäten entfalten. Man beschränkte sich fast ausschließlich auf intern beworbene Treffen. Die in der Gesamtkonzeption der Partei so wichtige Mobilisierung der AnhängerInnen für öffentlich wirksame Aktionen gelang nur zwei Mal: zum sogenannten „Tag der Arbeit“ am 1. Mai 2010 und bei einer mit Rechtsrock angereicherten Kundgebung in Berlin-Schöneweide. Dazu kamen zwei kleine öffentliche Saalveranstaltungen in Berlin-Neukölln, die vom neuen Landesvorsitzenden etwas vollmundig als Auftakt zu einer „Veranstaltungsoffensive“ bezeichnet wurden.“ (Seite 16)

Zitat:

„Da öffentliche Veranstaltungen der Neonazi-Szene regelmäßig durch Proteste begleitet werden und häufig nur eingeschränkt, verbunden mit polizeilichen Maßnahmen, stattfinden können, führen parteifreie Kräfte – vor allem Autonome Nationalisten – immer häufiger konspirativ vorbereitete Aktionen mit überschaubarem TeilnehmerInnenkreis durch.⁴ Zwar erreichten die Neonazis damit die eigene Szene und konnten dadurch bestehende Strukturen festigen. Ein Anreiz für rechtsoffene oder inaktive SympathisantInnen, sich diesen Strukturen anzuschließen, ist jedoch schwer auszumachen.“ (Seite 18)

Auf dem **Blog Berlin rechtsaußen** (www.blog.schattenbericht.de) veröffentlichen JournalistInnen aktuelle Recherchen und Hintergründe über die extreme Rechte in Berlin. »Berlin rechtsaußen« ist unabhängig und kritisch und fühlt sich den Grundsätzen zu Qualität und Unabhängigkeit journalistischer Arbeit verpflichtet wie sie der Deutsche Presserat oder das Netzwerk Recherche beschreibt.

West-Berlin holt auf von ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus Seite 20-23

Rassismus ist 2010 weiter das häufigste Motiv für Angriffe in Berlin im Vergleich mit rechts oder antisemitisch motivierten Gewalttaten. Dabei nähern sich die dokumentierten Zahlen von Angriffen im Ost- und West-Teil der Stadt an. Mehr Gewalttaten als im Vorjahr fanden im direkten Wohnumfeld statt – sie zerstören das Gefühl eines sicheren Rückzugortes.

Zitat:

„ReachOut, die Beratungsstelle für Opfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt, verzeichnet für das Jahr 2010 insgesamt 109 Angriffe in Berlin. Dabei waren 184 Menschen direkt betroffen. Im Jahr 2009 wurden 102 Angriffe registriert.

Insgesamt waren 57 Übergriffe rassistisch motiviert (2009: 53) – Rassismus ist damit weiterhin das mit Abstand häufigste Tatmotiv. 20 Angriffe richteten sich gegen politische Gegner_innen (2009: 15), 10 gegen nicht-Rechte/Alternative (2009: 12). 10 Übergriffe waren homophob motiviert (2009: 10), 8 antisemitisch (2009: 7).“ (Seite 20)

Zitat:

„Besorgniserregend ist, wie sich die Angriffsorte verändert haben: In öffentlichen Verkehrsmitteln und an Bahnhöfen fanden 27 Übergriffe statt, zwei weniger als im Jahr zuvor. Jedoch stieg nicht nur die Gewalt im öffentlichen Raum wieder auf 58 Angriffe (2009: 50). 14 Übergriffe fanden im letzten Jahr in der Wohnung und im direkten Wohnumfeld statt (2009: 9), also im Haus oder in unmittelbarer Umgebung. Dort haben Angriffe für Betroffene besonders schlimme Auswirkungen. Es bedeutet häufig, dass sich Opfer in ihrem eigenen Zuhause nicht mehr wohl und sicher fühlen können; der letzte Rückzugort wird ihnen genommen. Außerdem wissen die Täter_innen meist, wo ihre Opfer wohnen, sodass diese einer ständigen Bedrohung ausgesetzt sind, oder dies zumindest so empfinden.“ (Seite 22)

ReachOut Berlin ist eine Beratungsstelle für Opfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt. Außerdem berät ReachOut Angehörige von Opfern oder Zeug_innen eines Angriffs. Das Projekt recherchiert Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik. Daneben bietet ReachOut antirassistische Bildung an.

Die Sarrazin-Debatte. Ein Reaktionsverlauf unter Einbezug exemplarischer Aussagen Thilo Sarrazins zu Muslimen in Deutschland

von Coskun Canan und Benjamin Schwarze (Heymat)

Seite 24-27

Der Text des Forschungsprojektes „Heymat“ von der Humboldt-Universität Berlin widmet sich dezidiert der sogenannten „Sarrazin-Debatte“ und stellt einige exemplarische Aussagen Thilo Sarrazins zu Muslimen auf den Prüfstand.

Zitat:

„Die Debatte kulminierte zum Ende des Jahres 2010 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) in der Aussage Sarrazins: „Die von mir genannten Statistiken und Fakten hat keiner bestritten, mit der von mir zitierten Literatur hat sich, von wenigen Ausnahmen [...] abgesehen, kaum einer auseinandergesetzt [...]“.“ Zwei Tage vor dieser Aussage in der FAZ stellten wir unser Dossier „Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand – Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland“ online zum Download bereit. Es kann als Reaktion auf den öffentlichen Diskurs in Zeiten der Sarrazin-Debatte verstanden werden, da wir uns in der Pflicht sahen, die von uns bereits seit mehreren Jahren rezipierten Studien und Expertisen anderer wissenschaftlicher Einrichtungen mit ihren wichtigsten Aussagen der Öffentlichkeit gebündelt zugänglich zu machen. Das Dossier befasst sich hauptsächlich mit den von Thilo Sarrazin im siebten Kapitel getätigten Aussagen zu Muslimen in Deutschland, aber auch seine Äußerungen während und im Vorfeld der Debatte um sein Buch sind im Dossier berücksichtigt worden.“ (Seite 25)

Zitat:

„Sarrazin bildet also nicht nur die Gruppe der Menschen mit „muslimischem Migrationshintergrund“ nicht richtig ab, sondern er vernachlässigt auch die Heterogenität innerhalb dieser Gruppe, was Auswirkungen auf seine pauschalisierenden Ergebnisse hat. So erhält er bei den Bildungsabschlüssen für Personen mit muslimischem Migrationshintergrund niedrigere Werte (z.B. ohne Schulabschluss 30%, Abiturquote 14%, S. 286) als bei der einzig repräsentativen Studie zu Muslimen in Deutschland ermittelt wurden (MLD: ohne Schulabschluss 14,8%, höhere Bildung 34,1%9). Auf diese Weise gewinnt der Sarrazin-Lesende den Eindruck, Muslime seien breitflächig bildungsfern.“ (Seite 26)

Heymat: Hybride europäische-muslimische Identitätsmodelle – das

Forschungsprojekt ist am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin angesiedelt. Es behandelt das Thema hybrider Identitätsmodelle in Deutschland und Europa am Beispiel von Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund. Weitere Informationen unter: <http://www.heymat.hu-berlin.de/>

Kulturkampf in der Hauptstadt. Rechtspopulistische Parteigründungen in Berlin

von Maik Baumgärtner (Berlin rechtsaußen)

Seite 28-31

Der Journalist Maik Baumgärtner beschreibt die rechtspopulistischen Parteigründungen in Berlin: „Pro Deutschland“ und „Die Freiheit.“ Beide stellen in den Mittelpunkt ihrer politischen Agitation vor allem eine vermeintliche „Islamisierung Deutschlands“ und glauben mit einem rassistischen Populismus ihre Wahlchancen 2011 in Berlin zu erhöhen.

Zitat:

„Die neue Formation des CDU-Renegaten Stadtkewitz möchte nicht als Ein-Themen-Partei wahrgenommen werden, jedoch nimmt, gemessen an ihren bisherigen europäischen Kontakten und dem politischen Engagement ihres Vorsitzenden, das Thema Islam einen besonderen Stellenwert ein. Stadtkewitz ist Mitglied im Bundesvorstand der selbst ernannten „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE). Die als Verein organisierte „Bürgerbewegung“ verfolgt das Ziel, über die „schleichende Islamisierung Europas aufklären“ zu wollen.

Dass es sich bei dieser Form der „Aufklärung“ oftmals um das Verbreiten von Vorurteilen und der Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsgruppen handelt, wurde im vergangenen Oktober auf einer Kundgebung der BPE auf dem Potsdamer Platz deutlich. Damals erklärte ein BPE-Funktionär: „Wir sind weder Nazis, noch ist irgendjemand von uns ausländerfeindlich. Aber in einer überbevölkerten Welt versucht man uns einzureden, wir seien ein Einwanderungsland. Wir sind kein Einwanderungsland. Wir bilden Fachkräfte aus und lassen sie gehen. Wir holen uns dafür anatolische Analphabeten und arabische Kriminelle ins Land.““ (Seite 29)

Zitat:

„Während „Pro Deutschland“ an einem Dialog mit ihrer Konkurrenz stets interessiert war, schloss Stadtkewitz dies für seine Partei bisher grundsätzlich aus. Daher werden voraussichtlich zwei Parteien mit dem Fokus auf eine angebliche „schleichende Islamisierung“ um die Gunst der WählerInnen im Jahr 2011 kämpfen. Eine Tatsache, die von vielen AnhängerInnen beider Parteien als eine Schwächung begriffen wird und die durchaus mögliche Erfolge verhindern könnte. Zudem fehlt es den beiden Parteien bisher an einem Thema von bezirksübergreifender Relevanz, um durch eine rassistisch aufgeladene Kampagnenpolitik Erfolge erzielen zu können. In Ermangelung charismatischer Führungspersonen und ohne große Themen dürfte keine der beiden Parteien über den Einzug in einzelne Bezirksverordnetenversammlungen hinauskommen.“ (Seite 31)

Maik Baumgärtner ist als freier Fachjournalist im Themenfeld „Extreme Rechte“ tätig und berichtet u.a. für Tageszeitungen und Radiosender. Er ist freier Mitarbeiter beim Watchblog „Berlin rechtsaußen“.

(Anti-)Sexismus und Instrumentalisierung feministischer Diskurse im antimuslimischen Rassismus

von Yasemin Shooman

Seite 32-37

Rechtspopulistische Akteure inszenieren sich in ihrem vermeintlichen „Kulturkampf“ gegen „den rückständigen Islam“ immer wieder als Verfechter/innen von Frauenrechten. Yasemin Shooman greift in ihrem Artikel diese Instrumentalisierung feministischer Diskurse auf und zeigt, wie konstitutiv diese Argumentationsmuster für antimuslimischen Rassismus sind. Es gilt daher genau hinzusehen, wenn emanzipative Errungenschaften ins Feld geführt werden, um die Ablehnung und Stigmatisierung einer gesellschaftlichen Gruppe zu legitimieren.

Zitat:

„Die Kategorie Geschlecht spielt in antimuslimisch-rassistischen Diskursen eine zentrale Rolle. Der Topos der unterdrückten muslimischen Frau geht dabei mit dem Stereotyp des frauenverachtenden muslimischen Mannes einher. Der Sexismus wird im antimuslimischen Rassismus zu einem kulturellen Wesenszug des Islam erklärt, dem als Muslim_innen markierte Menschen nicht enttrinnen können. Kulturelle Eigenschaften werden in rassistischen Diskursen also naturalisiert, indem sie allen Personen einer kulturell definierten Gruppe zugeschrieben werden und damit implizit auf einen Kollektivcharakter abheben. Der oder die einzelne kann – dieser Perspektive folgend – gar nicht anders denken und handeln, weil seine bzw. ihre Kultur eben angeblich so ist wie sie ist.“ (Seite 34)

Zitat:

„Aus psychoanalytischer Sicht, so die Psychologin Birgit Rommelspacher, lässt sich das Fremdbild als Kehrseite des Eigenen beschreiben. Wer also über andere spricht, sagt implizit häufig auch zugleich etwas darüber aus, wie er sich selbst sieht. Entsprechend gehen bei Sarrazin die Beschuldigungen der Muslime als sexistisches Kollektiv mit einer Idealisierung der deutschen Mehrheitsgesellschaft als Hort der weiblichen Emanzipation einher, weshalb er zu dem Schluss gelangt, ihr patriarchales Rollenverständnis mache „für die muslimischen jungen Migranten die Anpassung [an die deutsche Gesellschaft, Y.S.] doppelt schwer“. Dass in seinem Buch Frauen – Musliminnen wie Nichtmusliminnen – hauptsächlich als Gebärende vorkommen, die entweder zu viel (muslimische Frauen of Color und weiße Unterschichtsangehörige) oder zu wenig (weiße Akademikerinnen) Nachwuchs produzieren, steht für Sarrazin offenbar in keinem Widerspruch zu seinem Selbstbild als Angehöriger einer per se geschlechtergerechten „abendländischen Kultur“, ebenso wenig wie sein diffamierender Hinweis auf den angeblich niedrigeren IQ von Müttern unehelicher Kinder.“ (Seite 35)

Zitat:

„Der Sexismus-Vorwurf ist zentraler Bestandteil antimuslimischer Rhetorik. Wie gezeigt werden konnte, dient der Verweis auf einen vermeintlich genuin muslimischen Sexismus häufig der Externalisierung und Verschleierung des eigenen Sexismus und gleichzeitig der Legitimation rassistischer Argumentationsweisen. Zuweilen bilden sich bei diesem Thema Diskurskoalitionen zwischen „muslimischen Kronzeuginnen“, die der eigenen Wahrnehmung nach für die Rechte muslimischer Frauen eintreten und rechtspopulistischen Akteuren, die die Pauschalurteile dieser Publizistinnen über „den Islam“ und „den Westen“ gerne funktionalisieren.“ (Seite 37)

Yasemin Shooman ist Doktorandin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Antimuslimischer Rassismus, Migration sowie Medienanalyse.

„Deutschland treibt sich ab“ - Christlicher Antifeminismus und „Lebensschutz“-Organisationen in Berlin

von Ulli Jentsch und Eike Sanders (apabiz)

Seite 38-44

Dass christlicher Glaube bei weitem nicht gleichzusetzen ist mit Gleichberechtigung und emanzipatorischem Fortschritt zeigt der Beitrag des apabiz e.V.. Anhand des jährlich stattfindenden „Marsches für das Leben“ von sogenannten Lebensschützern in Berlin werden antifeministische und christlichfundamentalistische Bestrebungen aufgezeigt, die bis in die Mitte der Gesellschaft zu finden sind.

Zitat:

„In Berlin haben wir 2010 die seit Jahren größte Versammlung evangelikaler und katholisch-fundamentalistischer Kräfte beim sechsten sogenannten „Marsch für das Leben“ erlebt. Weit über eintausend Menschen – der Veranstalter nennt die offensichtlich übertriebene Zahl von „rund 2.000“ – nahmen an der Zusammenkunft teil. Die angekündigten Gegenaktionen führten dazu, dass die Kundgebung des Bundesverbandes Lebensrecht (BVL) und der anschließende Schweigemarsch durch massive Polizeikräfte geschützt werden mussten. Der Bundesvorsitzende des BVL, Martin Lohmann, bezeichnete die Proteste durch „fanatische und feministische“ (!) Gegendemonstrant_innen als „gegen Christen und die Demokratie“ gerichtet.“ (Seite 38)

Zitat:

„Die AUF-Partei organisierte 2010 auch das erste Christliche Politik-Forum (CPF), einen zweitägigen Kongress am 18./19. September, der in den neuen Räumlichkeiten der „Gemeinde auf dem Weg“, dem sogenannten C-Campus in Berlin-Tegel, stattfand. Für die Teilnahme der Kongressbesucher_innen am „Marsch für das Leben“ wurden die Veranstaltungen unterbrochen. Rund 80 Menschen besuchten nach eigenen Angaben die Vorträge und die Messestände der AUF-Partei, der Partei Bibeltreuer Christen (PBC) sowie der Anti-Abtreibungsorganisationen wie ProLife, Alfa und dem BVL. Organisiert hatten den Kongress der „Arbeitskreis Lebensrecht und Familie“ der AUF-Partei (Vorsitz: Walter Schrader) sowie Walter und Franziska Weiblen (beide AUFPolitiker_innen), als Sponsor wird ProLife Deutschland genannt. Obwohl neben den verschiedenen Funktionär_innen unterschiedlicher „Lebensschützer“-Organisationen auch namhafte Referent_innen wie Christa Meves, Eva Herman und Bernd Siggelkow auftraten, lag die Zuhörendenzahl bei den Vorträgen meist unter zwanzig.“ (Seite 43)

Zitat:

„Die demographische Katastrophe ist die Mutter aller Krisen“, konstatierte JF-Autor Michael Paulwitz vergangenes Jahr, sie sei tiefgreifender für Deutschland und Europa als die ungelösten Finanz- und Wirtschaftskrisen. Und der Umgang damit „übersteigt den Horizont der politisch Verantwortlichen.“ Paulwitz beschwört, typisch für die „Neue Rechte“, die totale Krise, verbunden mit der völligen Hilflosigkeit der politischen Klasse. Diese zeige sich unfähig und marschiere in die „linke Mitte“. CDU-Ministerinnen würden „es für Familienpolitik halten, wenn Kinder in die Krippen und Frauen in die Produktion gesteckt werden“, so Paulwitz. Als Experten für die demographische Katastrophe bemühte die JF 2010 zwei Professoren als Interviewpartner: Theodor Schmidt-Kaler und Robert Hepp, beide Befürworter einer extrem rechten Bevölkerungspolitik.

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (**apabiz**) bietet Informationen, Materialien und Bildungsangebote im Themenbereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus an. Zu diesem Zweck betreibt der Verein ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv und führt Bildungsveranstaltungen durch. Seit 2008 dokumentiert das apabiz systematisch öffentliche rechtsextreme Aufmärsche und Veranstaltungen in Berlin.

Der Kampf um Männlichkeit. Männlichkeiten im Rechtsextremismus von Yves Müller und Ulrich Overdieck (VDK e.V.) S. 46-49

Der Text von Yves Müller und Ulrich Overdieck widmet sich der Kategorie „Männlichkeit“. Sie machen deutlich, dass eine männlichkeitskritische Analyse bei der Analyse rechtsextremer Erscheinungsformen unabdingbar ist.

Zitat:

„Stark, kämpferisch, hart, hetero. Das rechtsextreme Männerideal lässt sich klar umreißen und bleibt dennoch meist unmarkiert. Doch Männlichkeiten werden im Rechtsextremismus anhand von Diskursen um „Volksgemeinschaft“, „Rassenschande“, Homosexualität und Kameradschaft permanent verhandelt und festgeschrieben. Feminismus und gesellschaftlicher Wandel im Geschlechterverhältnis müssen dabei als Ursache für eine imaginierte „Krise der Männlichkeit“ erhalten – und werden bekämpft.“ (Seite 46)

Zitat:

„Rechtsextreme Männer sehen sich gern als Verkörperung der idealen, „wahren“ Männlichkeit. Worin diese Männlichkeit aber bestehen soll, wird nicht expliziert. Sie steht – scheinbar „naturwüchsig“ – schon fest und ist unabänderlich. Rechtsextreme Männer sehen sich gern als „politische Soldaten“. Und das ist durchaus ernst gemeint: Als Ideal gelten männliche Härte und Entschlusskraft, die Eignung zu Führerschaft und Gehorsamkeit, Selbstaufgabe und Opferbereitschaft, Kampfesmut und Heldenhaftigkeit. Wird die eigene politische Aktivität als fortwährender „Kampf“ gegen alles Liberale verstanden, gegen Demokratie und „Multikulti“, gegen Feminismus und „Dekadenz“, gegen die sog. „Volksfeinde“ – Homosexuelle, Migrantinnen und Migranten, Jüdinnen und Juden, Antifaschistinnen und Antifaschisten –, so begreift sich der Rechtsextreme selbst als „Soldat“, der sich für die Nation, die „Volksgemeinschaft“, aufopfert.“ (Seite 46/47)

Zitat:

„Eine gebetsmühlenartig vorgetragene Krisenrhetorik ist rechtsextremer Ideologie immanent. Hinter jeder Ecke, so wird suggeriert, drohe das „Aussterben der Deutschen“, die „Kastrierung“ der Gesellschaft. Das Gerede von der „Krise“ in Permanenz ist durchaus notwendig, denn nur so kann der rechtsextreme Mann sein Dasein und sein Handeln legitimieren. Tatsächlich nämlich bedarf Männlichkeit im Rechtsextremismus in ihrem Streben nach Hegemonie und Expansion der diskursiven Festigung, muss sich also immer wieder aufs Neue artikulieren. Und so folgt auf das Problem die Lösung: Die vehemente Abwehr der scheinbaren Infragestellung traditioneller Geschlechtermodelle hat einzig den Zweck, die Re-Produktion hegemonialer Männlichkeit sicherzustellen. Die rechtsextreme Szene nimmt positiven Bezug auf ein konservatives Familienmodell, propagiert eine soldatische Männlichkeit und beschreibt eine angeblich natürliche Weiblichkeit. Sie befasst sich mit Pädophilie, Homosexualität und Abtreibung als Ausdrucksformen einer konstruierten „Krise“. Schließlich: Die imaginierte „Krise“ ist der Transmissionsriemen für rechtsextremes Gedankengut.“ (Seite 49)

Der „**Verein für Demokratische Kultur in Berlin** – Initiative für urbane Demokratieentwicklung“ e.V. (VDK) engagiert sich in seiner alltäglichen praktischen Arbeit vor Ort für eine gelebte demokratische Kultur in Berlin. Damit leistet der VDK e.V. einen wichtigen Beitrag zum politischen Diskurs über den Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der Stadt. Mit seinen Projekten setzt der VDK e.V. ein politisches Signal für ein angstfreies, engagiertes und menschenrechtsorientiertes Miteinander in Berlin.

Den Versprechungen widerstehen. Geschlechter-reflektierende Arbeit mit Jungen und Rechtsextremismusprävention

von Olaf Stuve, Bernard Könnecke, Klaus Schwerma (Dissens e.V.,
Projekt „Jungenarbeit und Schule“) S. 50-56

Der Text von dissens e.V. widmet sich der Kategorie „Männlichkeit“. Die Autoren machen deutlich, dass eine männlichkeitskritische Analyse bei der Präventionsarbeit mit männlichen Jugendlichen unabdingbar ist.

Zitat:

„Die Forderung nach männlichen Vorbildern für Jungen wird allerdings auch von anderen (oft männlichen) Akteur_innen erhoben, die andere Ziele als die kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeiten verfolgen. Diese sehen die sich verändernden Geschlechterverhältnisse oftmals nicht als Errungenschaften durch zum Beispiel feministische Bewegungen an, sondern vielmehr als Niederlagen für Männer und Jungen in Geschlechterauseinandersetzungen. Jungen werden darin als neue „Verlierer“ benannt. Dabei werden unter anderem „feminisierte“ Räume dafür verantwortlich gemacht, dass Jungen nicht mehr Jungen sein könnten bzw. sein dürften. Solche antifeministischen Positionen können deutliche Anschlussstellen an rechtsextreme und neonazistische Vorstellungen von Geschlechteranordnungen haben, in der jeder und jede wieder seine bzw. ihre „natürliche“ Position einnehmen können soll. Entsprechend positiv beziehen sich rechtsextreme Autor_innen immer wieder auf antifeministische Positionen aus dem geschlechterpolitischen Feld.“ (Seite 51)

Zitat:

„Die Jungen gibt es nicht. Daher gibt es auch nicht das Angebot für die Jungen. Wenn Pädagog_innen von den Bedürfnissen der Jungen sprechen, ist durch diese vereinheitlichende Zuschreibung schon etwas schief gelaufen. Oft schreibt sie nur die Interessen einer dominierenden Mehrheit oder auch Minderheit unter den Jungen fest und stellt damit nicht zuletzt Gewalt gegenüber den Jungen dar, die diesem Stereotyp nicht entsprechen und denen darüber suggeriert wird, sie seien kein „richtiger Junge“. Aus unserer Sicht erscheint es deshalb sinnvoll, nicht (mehr) mit vereindeutigenden Konzepten zu arbeiten, sondern der Vielfältigkeit von Jungen – auch und gerade in der pädagogischen Praxis geschlechterreflektierter Arbeit mit Jungen – stärker gerecht zu werden, indem z.B. auf die Adressierung von „den“ im Sinne von allen Jungen verzichtet wird. Auch nicht-heterosexuelle Orientierungen und Lebensweisen sollten ebenso wie nicht mehrheitsdeutsche Perspektiven grundsätzlich in alle pädagogischen Handlungen einbezogen werden. Unter geschlechterreflektierter Jungenarbeit ist unser Ansicht nach also die pädagogische Arbeit mit Jungen zu verstehen, die zur kritischen Auseinandersetzung von Jungen mit einengenden Vorstellungen von Männlichkeit beitragen und ihre Handlungsspielräume bei der Entwicklung eigener Lebensentwürfe erweitern soll.“ (Seite 55/56)

Die vom Bundesprogramm „Xenos – Integration und Vielfalt“ geförderte **Fortbildungsreihe „Jungenarbeit und Schule“** vermittelt Lehrer_innen und Pädagog_innen praxistaugliche Konzepte für eine geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Dazu werden Ergebnisse der Geschlechterforschung ebenso wie Arbeitsweisen der praktischen Jungenarbeit vermittelt. Ziele sind u. a. Jungen in ihrer Unterschiedlichkeit wahrzunehmen und geschlechterreflektierte Angebote für Jungen zu entwickeln und zu erproben.